Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 310. Donnerstag den 6. November 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachdem die Zustellung der Declarationsaufforderungen für die Einschätzung zur Einkommensteuer auf das Jahr 1891 an die betheiligten Steuerpflichtigen in der Hauptsache beendet ist, wird nach §. 33 der zum Einkommensteuergesetze vom 2. Juli 1878 erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 11. October desselben Jahres hierdurch bekannt gemacht, daß es auch Denjenigen, welchen eine Declarationsaufforderung **nicht** zugegangen ist, freisteht, eine Declaration über ihr Einkommen

bis zum 30. November dieses Jahres

abzugeben und zwar

a.

in dem Stadtbezirke Alt-Leipzig im Stadthause, Obstmarkt, Erdgeschoß rechts;

b.

in den Stadtbezirken Leipzig-Reudnitz, Leipzig-Anger-Crottendorf, Leipzig-Thonberg und Leipzig-Neureudnitz im Rathhause zu Leipzig-Reudnitz;

c.

in den Stadtbezirken Leipzig-Neustadt, Leipzig-Neuschönefeld, Leipzig-Volkmarsdorf und Leipzig-Sellerhausen im Rathhause zu Leipzig-Volkmarsdorf;

d.

in dem Stadtbezirke Leipzig-Eutritzsch im dortigen Rathhause und

e.

in dem Stadtbezirke Leipzig-Gohlis im früheren Gemeindeamte daselbst, sowie daß an den bezeichneten Geschäftsstellen zu diesem Zwecke Declarationsformulare auf Verlangen **unentgeltlich** verabfolgt werden.

Gleichzeitig werden alle **Vormünder,** ingleichen alle **Vertreter von Stiftungen, Anstalten, Personenvereinen, liegenden Erbschaften** und anderen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen, bezw. für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Anstalten u. s. w., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Declarationen bei **uns auch dann** einzureichen, **wenn ihnen deshalb eine besondere Aufforderung nicht zugehen sollte.**

Leipzig, den 4. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gählitz.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **27. October bis 2. November d. J.** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 18,5fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,443.

Leipzig, am 4. November 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Bekanntmachung.

Im Monat October d. J. gingen an freiwilligen Gaben bei uns ein:

5 ℳ	— ₰	von Herrn E. Bl. zu Gunsten der Armencasse abgetretenem Forderung an Frau L.,	
15 „	10 „	Erlös für überwiesene und versteigerte Gegenstände aus dem Nachlasse der Frau G.,	
10 „	— „	von Frau Dr. K. in Breslau,	
5 „	— „	von Herrn P. B.,	
17 „	80 „	Streitobject zwischen Herren A. J. und F. L. E.,	
6 „	— „	in Sachen der Allgemeinen Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft in Mannheim ./. S. durch das Königliche Amtsgericht hier,	
5 „	— „	von Herrn C. K.,	
2 „	— „	Sühne i. S. H. S. ./. E. M.	durch Herrn Friedensrichter Nagel.
3 „	— „	„ „ „ H. K. ./. A. K.	
3 „	— „	„ „ „ C. H. ./. E. H.	
30 „	— „	„ „ „ H. F. W. ./. H. H.	
20 „	— „	„ „ „ F. W. ./. A. K.	
9 „	— „	„ „ „ W. B. ./. E. R.	
3 „	— „	„ „ „ J. C. H. ./. O. H.	durch Herrn Fried.-Richter Freyer.
1 „	— „	„ „ „ C. H. B. ./. M. E.	
5 „	— „	„ „ „ J. M. O. ./. K. F.	
5 „	— „	„ „ „ R. H. ./. K. W. F.	
144 ℳ	90 ₰	Summa,	

worüber hiermit dankend quittirt wird.

Leipzig, den 4. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Hentschel. Schicker.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen

Dienstag, den 11. November 1890,
Vormittags von 9 Uhr an
im Stadthause hier

verschiedene Möbel, Betten, Wäsche, Kleidungsstücke, Haus- und Küchengeräthe ꝛc. öffentlich versteigert werden.

Leipzig, am 5. November 1890.

Das Armenamt.
Hentschel. Artus.

Gesucht

wird der am 8. December 1865 zu Connewitz geborene Handarbeiter

Oscar Max Chevalier,

welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 28. October 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
A. R. III, 212a. Hentschel. Wendt.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das der **Friederike Pauline** verehel. **Kühlewind** geb. **Rösel** in **Rumsdorf** gehörige, Fol. 13 des dasigen Grund- und Hypothekenbuchs eingetragene, 83,900 ℳ gewürderte, mit 936,76 Steuereinheiten belegte und 10 ha 80,50 ar haltende

Handgut mit Gemeinderecht

an hiesiger Gerichtsstelle — Burgstraße 11, 2 Treppen, Zimmer 4 —

Donnerstag, den 13. November 1890,

versteigert werden.

Gebote sind vor oder in diesem Vormittags 10 Uhr beginnenden Termine bis spätestens Mittags 12 Uhr anzubringen, und ist von dem Meistbietenden bei dem Zuschlage der zehnte Theil der Erstehungssumme baar zu erlegen oder sicher zu stellen.

Die nähere Beschreibung des Besitzthums liegt nebst den Versteigerungsbedingungen in der Gerichtsschreiberei — 2 Treppen, Zimmer 5 — aus.

Altenburg, am 17. October 1890.

Herzogl. Amtsgericht II a.
Reichardt.

Eine Friedensstimme aus Rußland.

Die „Nowoje Wremja" feiert den Besuch des russischen Thronfolgers in Wien durch einen Friedensartikel, welcher die Lage beim Beginn des Winters als besonders günstig für die Erhaltung des Friedens darstellt und das Verdienst für Herbeiführung dieses Zustandes in erster Linie den Reisen des Kaisers Wilhelm beimißt. Diese Kundgebung ist auffallend, weil sie von einer Seite herrührt, welche bisher kein Interesse an der Erhaltung des Friedens zeigte. Für die auswärtige Politik Rußlands von Bedeutung galt bisher nur Das, was im „Journal de St. Pétersbourg" stand, weil man weiß, daß die Meinungsäußerungen desselben über internationale Fragen aus dem Auswärtigen Amt herrühren, die übrigen Blätter sind vielleicht mit alleiniger Ausnahme der „russischen St. Petersburger Zeitung" ohne Fühlung mit der Regierung. Zu Lebzeiten Katkow's war das anders, da übernahm häufig die „Moskauer Zeitung" die Führung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und die Meinungsäußerungen des Herrn Katkow übten einen Druck auch auf die St. Petersburger Kreise aus, welcher sich bis auf die höchsten Regionen ausdehnte. Der Tod Katkow's hat in dieser Beziehung eine Wendung herbeigeführt, Katkow hat keinen Nachfolger erhalten, der ihm an Einfluß gleich käme, und deshalb ist die Privatpresse in Rußland in politischer Beziehung bedeutungslos. Wenn sie mit dem Strome schwimmt, also mit Frankreich liebäugelt, so findet man das in Deutschland ganz natürlich und nimmt daran keinen Anstoß, wenn sie aber plötzlich die Farbe wechselt und Hinneigung zu friedlichen Bestrebungen zeigt, so muß das Aufsehen erregen, und man ist genöthigt, nach einer Erklärung für diese ungewöhnliche Erscheinung zu suchen. Die Vermuthung liegt nahe, daß die „Nowoje Wremja" bei Veröffentlichung des fraglichen Artikels nicht aus eigenem Antriebe handelte, sondern einer ihr ertheilten Weisung Folge leistete.

Der Ausdruck „die Reisen des Kaisers Wilhelm" ist zwar sehr allgemein gehalten, aber hier können doch nur die Reisen nach Rußland und nach Wien in Betracht kommen, und gerade das, was bisher immer von Rußland aus abgelehnt worden ist, daß diese Reisen versöhnend auf Rußland und Oesterreich-Ungarn gewirkt haben könnten, ist durch den Artikel der „Nowoje Wremja" indirect zugestanden. Wenn die Aussichten beim Beginn des Winters so friedlich sind, daß der russische Thronfolger beim Antritt seiner großen Reise einen officiellen Besuch in Wien abstatten kann, dann besteht ja gerade das, was der friedlich gesinnte Theil der europäischen Bevölkerung wünscht: ein freundschaftliches Verhältniß zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn. Die Frage, wer in Europa dem Frieden zugeneigt ist und wer nicht, ist äußerst heikler Natur, denn alle Mächte behaupten, daß sie die Aufrechthaltung des Friedens wünschen, Rußland und Frankreich ebenso, wie der Dreibund und England, es kommt nur darauf an, ob die Gesinnungen auch den Worten entsprechen. Dieses Thema ist seit einer Reihe von Jahren bis zum Ueberdruß nach allen Seiten hin erörtert worden, ohne aber zu einem befriedigenden Ergebniß geführt zu haben. Die Antwort kann allein durch die Thatsachen gegeben werden, und diese thun dar, daß Frankreich und Rußland mit der gegenwärtigen Gestalt der Karte von Europa nicht zufrieden sind, während dies bei den zum Dreibund gehörigen Mächten und bei England der Fall ist. Wir wissen, daß es in Italien eine Partei giebt, welche Italien auf Kosten Oesterreichs vergrößern möchte, aber diese Partei ist in Italien nicht maßgebend, sie steht der Regierung feindlich gegenüber und hegt Sympathien für Frankreich, während sie den Dreibund verwirft. Das ist eine Anomalie, welche das gute Einvernehmen zwischen den verbündeten Mächten auf die Dauer nicht stören kann, wenn sie auch zuweilen als recht unangenehm empfunden wird.

Es ist unzweifelhaft, daß die Aufrechthaltung des Friedens in erster Linie von Rußland abhängt. Die ungeheuren Hilfsquellen, über welche das Reich verfügt, die Masse der ihm zu Gebote stehenden Truppen und die Möglichkeit, jeden Tag mit Frankreich ein Bündniß abzuschließen, sind Thatsachen, deren Schwere jeden unbefangen Urtheilenden einleuchten muß. Wenn Rußland trotzdem am Frieden festhält, so geschieht das aus Gründen, welche nicht so ohne Weiteres klar sind. Man spricht von der aufrichtigen Friedensliebe des Zaren, und diese scheint wirklich der Hauptgrund zu sein, denn daß die öffentliche Meinung in Rußland, soweit von einer solchen in einer Despotie die Rede sein kann, dem Kriege günstig ist, dafür liegen zahlreiche Zeugnisse vor. Der Zar hat offenbar sein ganzes persönliches Ansehen einsetzen müssen, um die Kriegspartei in Rußland im Zaume zu halten. Andererseits heißt es, daß Rußland seine Rüstungen noch nicht vollendet habe. Für die Tristigkeit dieses Friedensgrundes sprechen die Festungs- und Eisenbahnbauten an der Westgrenze des Reiches und die große Sorgfalt, welche auf die Ausbildung und Vermehrung der Truppen gelegt wird, endlich die Ansammlung großer Truppenmassen an der Westgrenze. Man steht hier Räthseln gegenüber, die nur in dem Falle ihre sofortige Lösung finden, wenn man annimmt, daß die russische Regierung ganz anders denkt, als sie spricht, daß sie bemüht ist, die Welt über ihre Absichten irre zu führen. Mit solchen Täuschungen hat es aber eine besondere Bewandtniß, denn es ist ein großer Irrthum, anzunehmen, daß selbst in einer Despotie die Regierung heutzutage willkürlich und lediglich nach ihren Eingebungen handeln kann, ohne sich mit der maßgebenden Strömung im Lande im Einvernehmen zu befinden. Wenn es auch in Rußland keine öffentliche Meinung in dem bei uns geltenden Sinne giebt, so ist doch eine mächtige Partei vorhanden, welche die historischen Traditionen Rußlands hochhält und es nicht dulden würde, daß sich die Regierung mit ihnen in Widerspruch setzt. Der Zar mag persönlich noch so friedfertig sein, so giebt es doch auch für ihn eine Grenze, die er ohne Gefahr für seine Person und seine Dynastie nicht überschreiten darf und sie würde überschritten sein, wenn er die günstige Gelegenheit versäumte, den Machtbereich Rußlands bis an den Bosporus auszudehnen. Die orientalische Frage muß stets offen erhalten werden und wenn es auch nur wie gegenwärtig durch Kundgebungen gegen die Erneuerung bulgarischer Bischöfe in Macedonien und in der Patriarchatsfrage in Konstantinopel geschieht. Solche kleine Streitigkeiten sind Wasser auf die Mühle der Kriegspartei und beschäftigen auch die öffentliche Meinung des Auslandes.

Eine unbedingte Friedenskundgebung ist auch in dem Artikel der „Nowoje Wremja" nicht zu finden, denn das Blatt spricht nur von den friedlichen Aussichten, welche sich beim Beginn des Winters eröffnen, den Termin für diese Lage bildet also das nächste Frühjahr, wenn das auch nicht so zu verstehen ist, als ob dann wahrscheinlich eine andere politische Strömung zur Geltung gelangen werde. Es ist ja leider überhaupt üblich geworden, den Frieden immer nur von einem Jahr auf das nächste zu verlängern und das Weitere der Zukunft anheimzustellen; auch die deutschen Thronreden haben keine stärkeren Hoffnungen angeregt. Wir leben in einer Zeit, in welcher die Verbürgung des Friedens auf eine kurze Dauer schon als eine große Wohlthat anzusehen ist, und wir müssen uns in Ermangelung von Besserem einstweilen mit solchen Brosamen begnügen. Wenn Rußland anfängt, Friedenslieder zu singen, dann muß der Friede in der That sehr sicher scheinen, oder Rußland hält es wenigstens in seinem Interesse, diesen Schein zu erregen. *

Leipzig, 6. November.

* Das Colonialamt hat die Vorarbeiten für den Colonialrath soweit beendet, daß die Entscheidung, welche noch zu treffen ist und sich auf die Zahl der zu ernennenden Personen bezieht, höherer Seits getroffen werden kann. Wie schon gemeldet, handelt es sich darum, ob ein kleines oder großes Collegium gebildet werden soll; es sprechen so viel Gründe für das eine wie für das andere, daß die Entscheidung nicht leicht werden dürfte. An Vorlagen für den Colonialrath, welche zuerst ostafrikanische Verhältnisse betreffen dürften, fehlt es nicht, so daß nach der Rückkehr des Herrn v. Caprivi von Italien das Zusammentreten dieser neuen Körperschaft erwartet werden kann.

* Ueber den Besuch des Königs der Belgier in Berlin erhält die „Politische Correspondenz" aus Berlin folgende anscheinend officiöse Zuschrift:

Der Besuch des Königs der Belgier am deutschen Hofe hat schon aus dem Grunde verhältnißmäßig geringere Aufmerksamkeit erregt, als die Neutralität Belgiens bei der Zusammenkunft in Potsdam Erörterungen, welche politische Ereignisse von größerer Tragweite zur Folge haben könnten, von vornherein als ausgeschlossen erscheinen ließ. Die vollkommene Correctheit, welche die Haltung des Königs Leopold von jeher auszeichnet, hat auch den Vermuthungen, welche sonst bei Monarchenbegegnungen regelmäßig hervorzutreten pflegen, von Anfang an einen Riegel vorgeschoben, und nur in einigen auswärtigen Blättern, bei denen Gewissenlosigkeit und politischer Unverstand Hand in Hand gehen, hat man darauf hingedeutet, daß es zwischen Kaiser Wilhelm und König Leopold zu Abmachungen von politischer Bedeutung für ganz Europa gekommen wäre. Dies ist selbstverständlich nicht der Fall gewesen. Dagegen darf man wohl mit Sicherheit annehmen, daß die afrikanischen Angelegenheiten, die den König der Belgier in so hohem Maße interessiren und denen auch der deutsche Kaiser mit reger Aufmerksamkeit folgt, Gegenstand der Unterhaltungen im Neuen Palais gewesen sind. Es ist dies um so wahrscheinlicher, als am 5. November die Brüsseler Conferenz wieder zusammentritt, um die Tarifbestimmungen für das Congobecken festzustellen. Es ist bekannt, daß Deutschland den in Aussicht genommenen Antrag, betreffend die Unabhängigkeit des Congostaates und die Beschaffung der zu seiner Erhaltung nöthigen Mittel, zu unterstützen beabsichtigt und sich auch in dieser Frage wieder in glücklichen Einverständniß mit seinen Bundesgenossen und England befindet. Auch darf man angesichts der bisherigen Haltung von Frankreich und Rußland zur Congofrage und der civilisatorischen Mission des Congostaates annehmen, daß diese Mächte keinen Widerspruch gegen den in Rede stehenden Antrag erheben werden. Unter diesen Umständen ist zu wünschen und darf man auch hoffen, daß Holland, das mit seinem Widerspruch gegen die Einführung von Zöllen im Congobecken bis jetzt allein dasteht, denselben fallen lassen und sich die Anschauungen der Großmächte aneignen wird. Der enge Zusammenhang der Besprechungen der beiden Monarchen in Potsdam mit der Congofrage äußerte sich auch darin, daß Major von Wissmann und Dr. Peters bekanntlich vom König Leopold in Potsdam empfangen und durch längere Ansprachen ausgezeichnet worden sind. Major von Wißmann wird am 12. November von Marseille aus sich wieder auf seinen Posten nach Afrika begeben, wogegen Dr. Peters erst am 1. April kommenden Jahres nach Beendigung der Organisation in Ostafrika im Dienste des Deutschen Reiches voraussichtlich dahin abgehen dürfte.

* Von dem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirth", welches Dr. Ritter von Poschinger herausgiebt (Berlin, Paul Hennig), ist der zweite Band erschienen, welcher die Zeit von 1880—1884 umfaßt, also bei Uebernahme des preußischen Handelsministeriums durch den Reichskanzler einsetzt. Das Buch bildet zugleich den dritten Band der „Documente zur Geschichte der Wirthschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Reiche" und gestattet, gewissermaßen an der Quelle zu studiren, von welchen Motiven die preußische und deutsche Wirthschaftspolitik geleitet wurde und welchen Plänen sie ihre Aufmerksamkeit zuwandte.

* Die Delegirten der preußischen Aerztekammern, welche gegenwärtig in Berlin gemeinsam mit der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen im Cultusministerium über mehrere Fragen des Gesundheitswesens, wie Hebeammenbuch, Kirchhofswesen ꝛc., berathen, haben auch die Stellung der Aerztekammern zur Krankencassennovelle erörtert. Diese Besprechungen sollten den Zweck der Gewinnung einer gemeinsamen Directive in der beregten Angelegenheit haben. Wie es heißt, geht ihr Resultat dahin, daß die Delegirten der Ansicht sind, es sei in der Novelle auf die Forderungen der Aerzte nicht hinreichend Rücksicht genommen.

* Die Agitation für Wiederzulassung der Jesuiten wird jetzt angesichts der nahe bevorstehenden Wiedereröffnung der Reichstagssitzungen von der ultramontanen Partei mit erhöhtem Eifer betrieben. Im Laufe des November wird in Breslau eine Versammlung schlesischer Katholiken zur Feststellung einer Petition an den Reichstag um Aufhebung des Jesuitengesetzes stattfinden; ebenso am 16. November eine Versammlung in Trier und am 9. November eine solche in Münster. An Massenpetitionen an den Reichstag wird es sonach nicht fehlen. Ob das Centrum sich vorläufig mit diesen Petitionen begnügen oder seinerseits einen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes einbringen wird, scheint noch nicht festzustehen. Bei Petitionen ist es immer noch fraglicher als bei selbstständigen Anträgen, ob sie zur Verhandlung im Plenum kommen. Allem Anschein nach liegt aber dem Centrum viel daran, ein Votum in der Jesuitenfrage baldigst von diesem den ultramontanen Bestrebungen so günstigen Reichstag zu empfangen.

* Aus Thüringen, 4. November, wird uns geschrieben: Bekanntlich donnerte kürzlich in einer in Jena abgehaltenen deutschfreisinnigen Versammlung der Reichstagsabgeordnete F. Willisch-Schmalkalden gegen Eugen Richter los, weil dieser einen Kampf gegen die Socialdemokraten führe, und erklärte, von zwanzig socialdemokratischen Forderungen müsse er fünfzehn bejahen, die Socialdemokraten ständen ihm weit näher als die Nationalliberalen. — Dieses Geständniß hat heute das „Schw. T." recht hübsch festgenagelt. Das ist also derselbe Herr Willisch, der sich noch bis in die letzte Zeit hinein als einen „Nationalliberalen von der alten Sorte" bezeichnete, der stets auf den Radicalismus Eugen Richter's weidlich schimpfte und diesen jetzt unter Führung seines „Freundes" Harmening zu übertrumpfen sucht, derselbe Herr Willisch, der noch bei den letzten Reichstagswahlen, ehe seine eigene Candidatur in Frage kam, dem offenkundig ziemlich rechts stehenden nationalliberalen Landgerichtsrath Schimmelpfeng in Erfurt das Reichstagsmandat für den Wahlkreis Schwarza-Schmalkalden entweder selbst angeboten hat oder doch anbieten ließ, wenn auch unter der Bedingung, daß dieser einer Verfassungsänderung nicht zustimmen dürfe. Heute will dieser ehrenwerthe „Nationalliberale von der alten Sorte" den Socialdemokraten näher stehen als den früheren angeblichen Parteigenossen! Die Nationalliberalen weisen indessen jede Gemeinschaft auch aus der Vergangenheit mit Herrn Willisch nachdrücklichst zurück. Von den Socialdemokraten trennt sie zwar eine himmelweite Kluft, aber ein ehrlicher socialdemokratischer Gegner ist ihnen doch lieber als — Herr Willisch.

* * *

* Das österreichische „Fremdenblatt" begrüßt in einem Artikel den Großfürsten-Thronfolger. Das Blatt erblickt in dessen Wiener Besuche ein Zeichen des freundschaftlichen Verhältnisses beider Herrscherfamilien. Die Bevölkerung sehe hierin ein erfreuliches Symptom der Hochachtung, die dem Kaiser von Rußland von maßgebender Seite in Wien für seine Zurückweisung der leidenschaftlichen Bestrebungen der panslawistischen Minorität gezollt werde und in der sympathischen Aufnahme des Großfürsten-Thronfolgers einen aufrichtigen Ausdruck finden werde. Der Großfürst-Thronfolger werde auch in Wien die friedlichsten Gesinnungen finden; für das österreichisch-ungarische Friedensprogramm herrsche sicherlich auch in Petersburg volles Verständniß. Jedes Zeugniß der freundlichen Beziehungen der Monarchen sei ein neuer Beweis des segensreichen Strebens der Herrscher, welche den Frieden gegen die Leidenschaften unruhiger Fractionen beschützen.

* Der tirolische Landtag nahm nach längerer Debatte den Antrag Schenk an, die Regierung aufzufordern, legislative und administrative Maßregeln zur Einhaltung der Sonn- und Festtagsruhe, sowie zur Heilighaltung dieser Tage veranlassen zu wollen.

* Ein Sohn des dänischen Cultusministers, Gutsbesitzer P. B. Scavenius, veröffentlicht in dem Linkenblatte „Politiken" einen Artikel: „Ueber unser Verhältniß zum Auslande", in welchem für Dänemark jedes Liebäugeln mit Frankreich und Rußland als verderblich bezeichnet und Dänemarks Wohlfahrt nur, unterstützt durch eine Befestigung Kopenhagens, im Anschluß an Deutschland gesehen wird. In dem Aufsatze heißt es: „Der Weg, Dänemarks nationale Unabhängigkeit zu wahren und der Dynastie den unangetasteten Besitz der Krone zu sichern, ist in Kürze der: eine klare, unzweideutige Neutralität fußt auf einem stark befestigten Kopenhagen und mit offener Front gegen Deutschlands Feinde." Der Verfasser kommt zu der Ansicht, daß Dänemark, ohne eine Befestigung der Hauptstadt, in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich zu einem Bündniß mit dem letzteren gezwungen werden würde, von dem Dänemark nichts als Deutschlands Feindschaft gewinnen könnte.

* Nach der letzten verläßlichen Information über den Stand der Cabinetsergänzung in Rumänien zieht es Carp vor, Leiter der Kammermajorität zu bleiben, statt den ihm vom Ministerpräsidenten Mavro angebotenen Posten eines Domainenministers in einem seinem Charakter nach vorwiegend conservativen Cabinete anzunehmen. Carp geht hier allem Anscheine nach von der parlamentarisch wohlgerechtfertigten Voraussetzung aus, daß für den Fall einer Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Compromißministeriums der Leiter der Kammermajorität zur Neubildung einer Regierung berufen werden dürfte. Im Uebrigen macht aber Carp seine Unterstützung des gegenwärtigen Cabinets nur davon abhängig, daß das bisher von Pencescu verwaltete Domainenministerium in die Hände eines Mannes komme, welcher, wenn auch der conservativen Richtung angehörig, doch den Junimisten alle erwünschten Garantien für eine dem Zwecke der betreffenden Gesetze entsprechende Durchführung der Agrar-Reformen, namentlich aber des Domainen-Parcellirungsgesetzes biete.

* Aus Luxemburg, 4. November, wird berichtet: Der Staatsminister v. Eyschen eröffnete die Kammersession durch Verlesung der folgenden Botschaft des Herzogs Adolph von Nassau:

„Gemäß Artikel 70 der Verfassung und Artikel 1 des Kammerreglements sollte Ihre ordentliche Session durch Se. Majestät den König und Großherzog in Person oder durch einen eigens dazu ernannten Bevollmächtigten in Höchstdesselben Auftrag eröffnet werden.

Die traurigen Verhältnisse, welche der Ausführung dieser Vorschrift im Wege stehen, sind Ihnen bekannt. Gegen Ende September sind in dem Krankheitszustande Sr. Majestät neue Verwickelungen eingetreten und die Aerzte des Königs haben bereits am 13. October die officielle Erklärung abgegeben, daß der verehrte Fürst außer Stande ist, sich mit der Erledigung der Landesgeschäfte zu befassen. Die am 18. desselben Monats in einer vereinigten Sitzung zusammengetretenen niederländischen Generalstaaten haben die Einsetzung einer Regentschaft als unabweisliche Nothwendigkeit anerkannt.

Aus dieser Sachlage erwachsen Ihnen und Mir gar peinliche Pflichten. Ich lasse es Mir angelegen sein, denjenigen Obliegenheiten, deren Erfüllung mir anheimfällt, ungesäumt nachzukommen, um so mehr, als der Beginn der legislatorischen Thätigkeit dadurch